

Verwaltung im Spannungsfeld von gesetzlicher Rollenzuschreibung und Rollenerwartung durch die Bürger

16. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft

Alexis v. Komorowski

Ausgangsthese

Verwaltung kann nur dann auf Dauer mit bürgerschaftlicher Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement rechnen, wenn die Bürgerinnen und Bürger das institutionelle Gesamtgefüge unseres staatlichen Gemeinwesens als funktionsfähig erfahren und empfinden.

Problem des Auseinanderklaffens von gesetzlicher Rollenzuweisung an die Verwaltung und Rollenerwartung durch die Bürgerinnen und Bürger

Verwaltung hat die gesetzliche Rolle nicht, die BürgerInnen von ihr erwarten

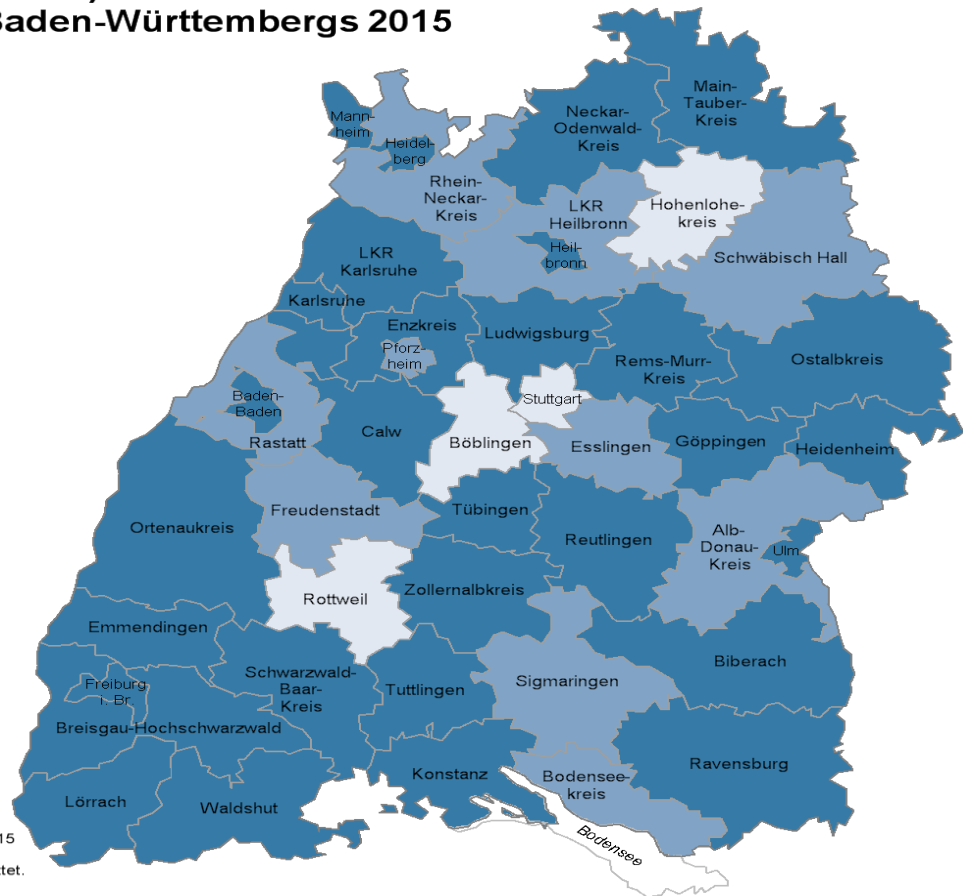
The diagram consists of two large, stylized arrows pointing towards each other, forming a central gap. The left arrow points right and contains the text 'Verwaltung hat die gesetzliche Rolle nicht, die BürgerInnen von ihr erwarten'. The right arrow points left and contains the text 'Verwaltung hat die gesetzliche Rolle, wird jedoch nicht in die Lage versetzt, sie entsprechend der Erwartungen der BürgerInnen zu erfüllen'. The arrows are black outlines on a white background.

Verwaltung hat die gesetzliche Rolle, wird jedoch nicht in die Lage versetzt, sie entsprechend der Erwartungen der BürgerInnen zu erfüllen

Bedeutung des Gesundheitswesens für die Landkreise

Bedeutung des Gesundheitssektors*)
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2015

- Rang 1
- Rang 2
- Sonstige



*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 30.06.2015.

31-31-16-14S

© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH, Karte erstellt mit RegioGraph 2015

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Gliederung

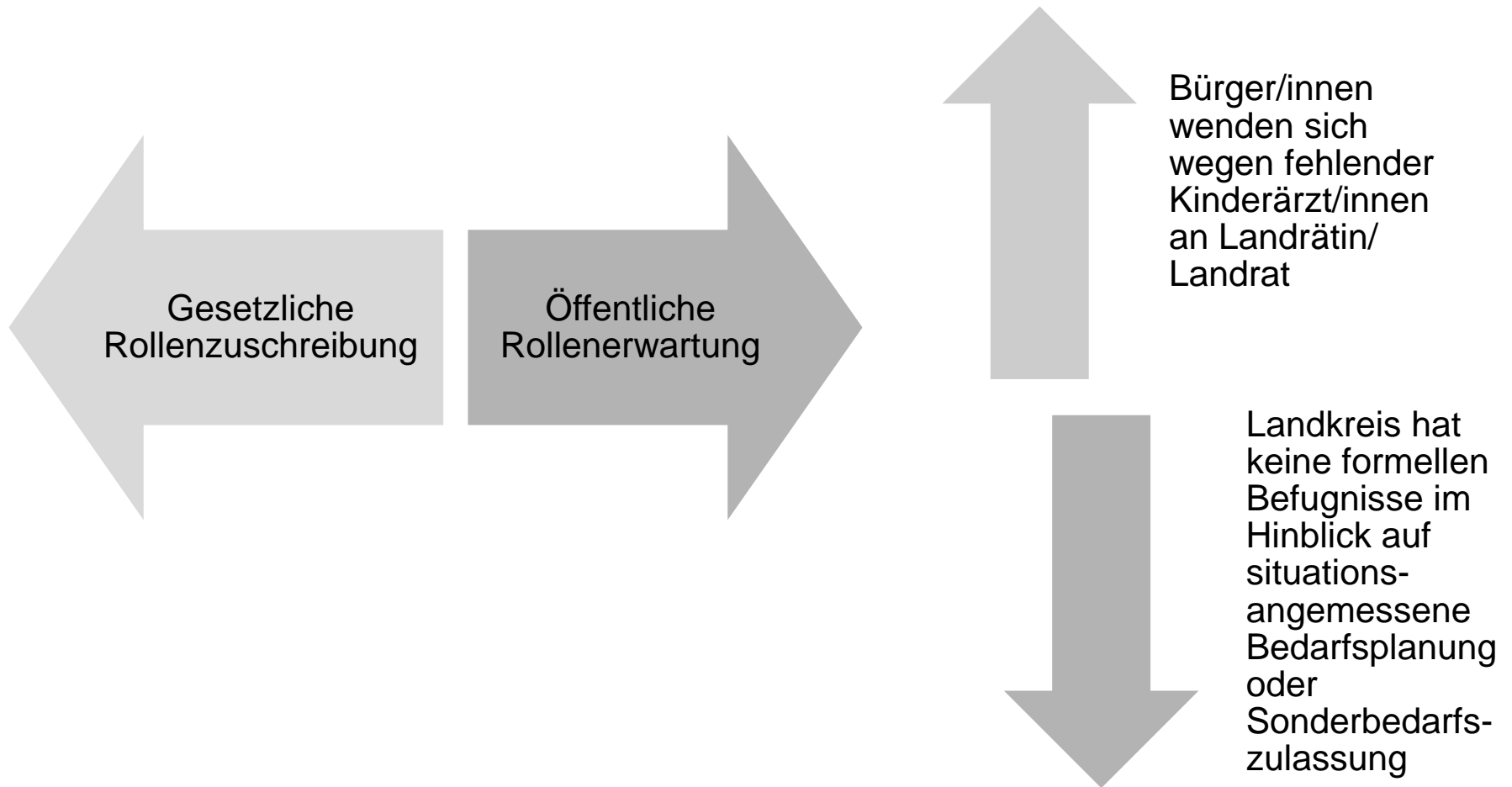
Widerspruch

Einspruch

Zuspruch

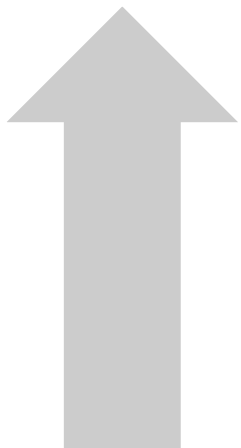
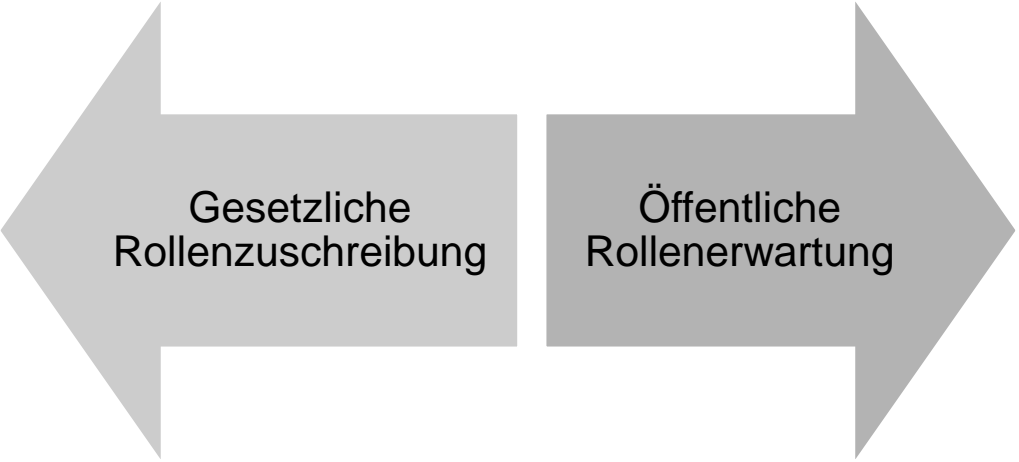
Widerspruch

Fallbeispiel 1

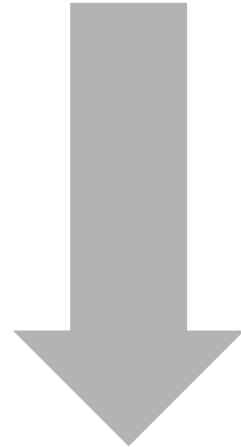


Widerspruch

Fallbeispiel 2



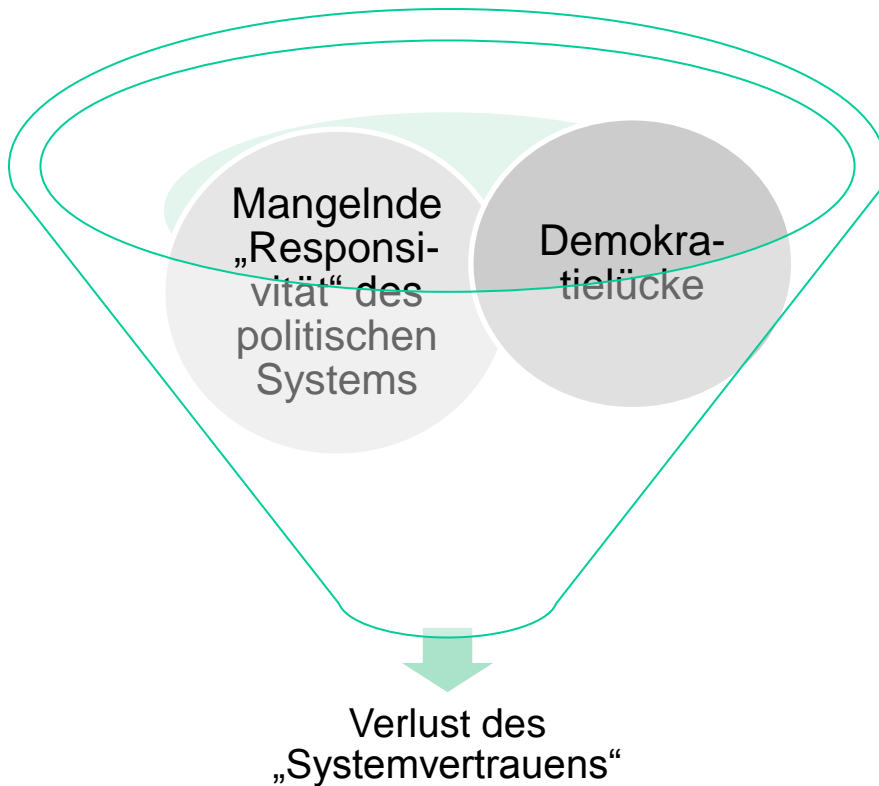
Bürger/innen wenden sich wegen mangelnder Hilfsfristerreichung an Landrätin/Landrat



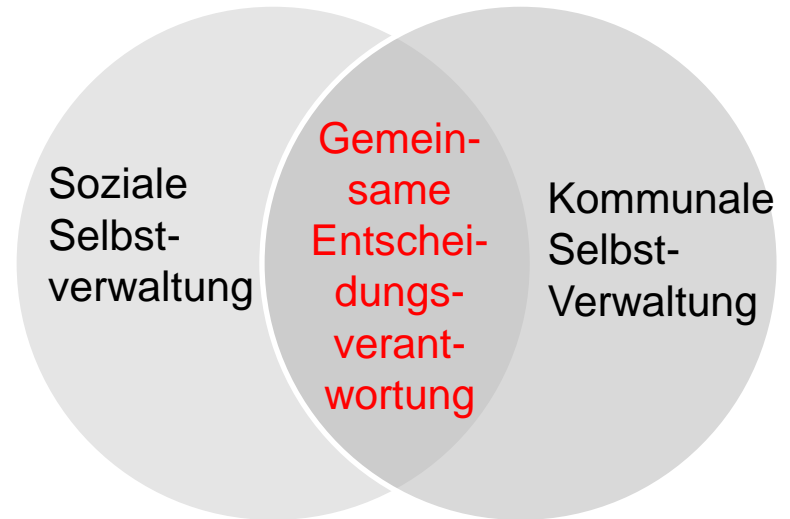
Landkreis hat im Bereichsausschuss lediglich Gaststatus

Widerspruch

Folgen des Widerspruchs zwischen
gesetzlicher Rollenzuschreibung und
öffentlicher Rollenverwaltung:



Lösungsansätze

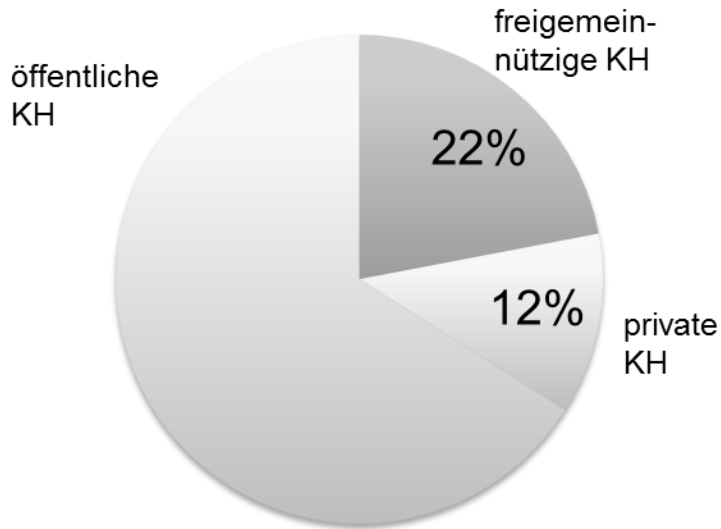


Kommunale
Gesundheits-
konferenz als
Vorstufe!



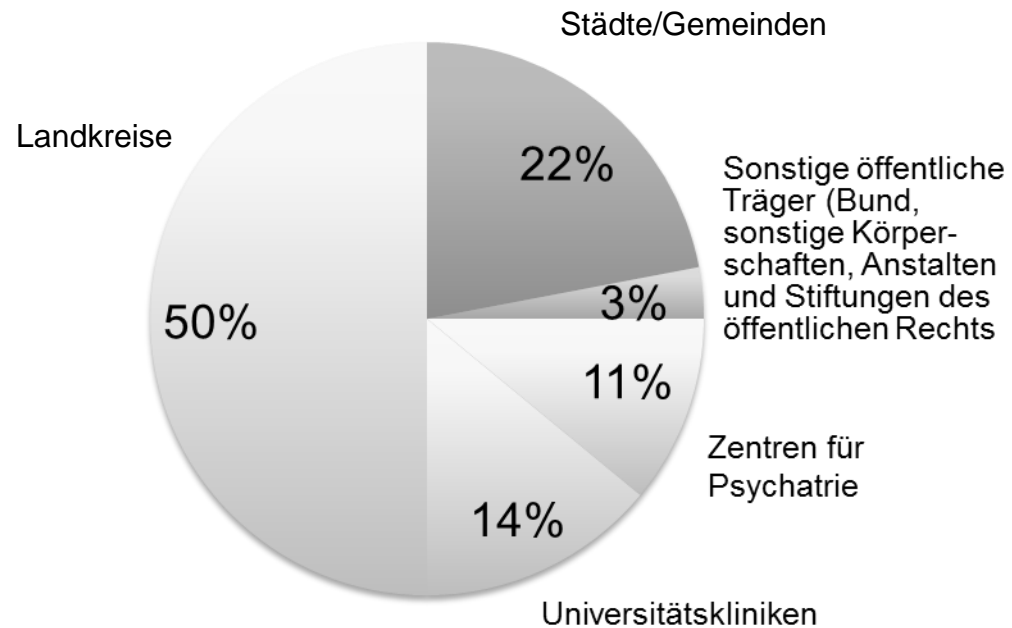
Einspruch

Krankenhaussträgerstruktur nach Anzahl der aufgestellten Betten in Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Bundesamt

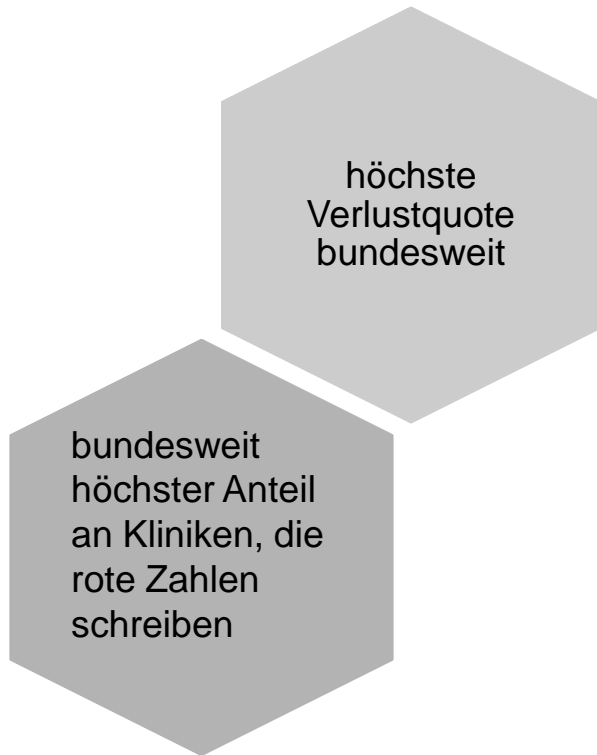
Aufteilung der Betten in öffentlicher Trägerschaft in Baden-Württemberg



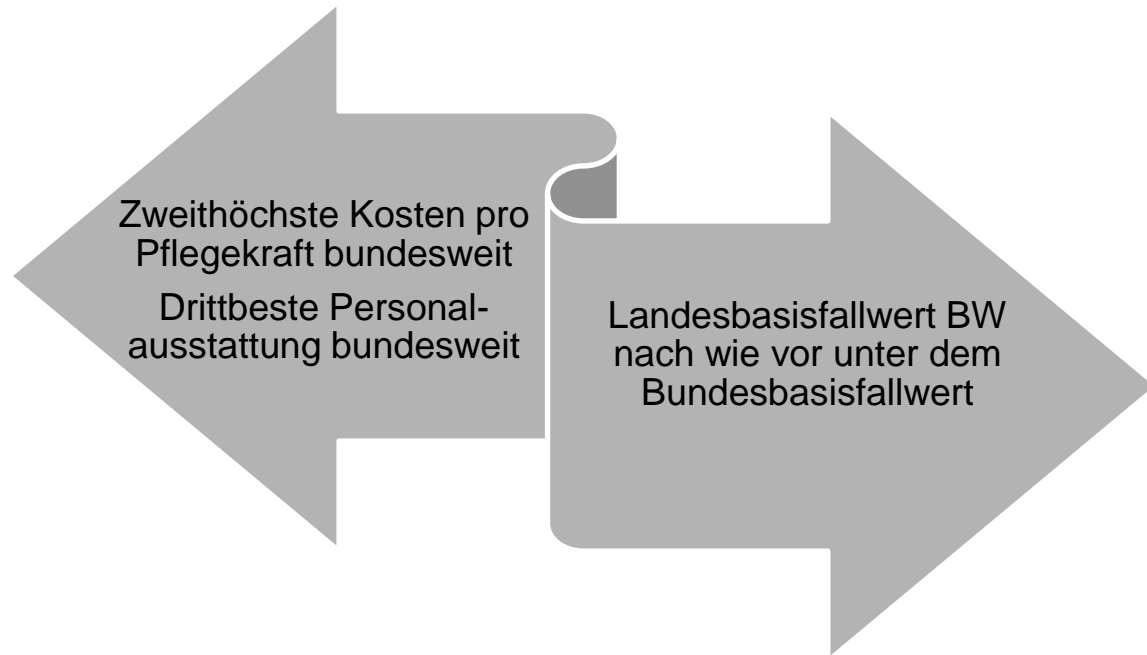
Quelle: Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft

Einspruch

Dramatische Situation der Krankenhäuser in Baden-Württemberg



Grund Nr. 1: Systemfehler bei der bundesrechtlich geregelten Betriebskostenfinanzierung



Einspruch

Grund Nr. 2: Systematische Unterfinanzierung im Bereich der Investitionsförderung durch das Land

„Für Baden-Württemberg kommt der Krankenhaus Rating Report 2016 (...) zu einer Förderlücke von 50 % im Vergleich zu jenem Betrag, bei dem die Unternehmenssubstanz erhalten bliebe.“

Aus: rwi impact notes, November 2016

Lösungsansätze:

Vergleichsweise höheres Lohnniveau / höhere Personalausstattung in Baden-Württemberg muss sich in entsprechende höheren Krankenhausentgelten niederschlagen

Investitionsförderung muss weiter angehoben werden

Kommunale Gesundheitskonferenz kann nach § 5 Abs. 3 Empfehlungen an die Landesgesundheitskonferenz richten!



Zuspruch

Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Gesundheitskonferenzen im Bereich der medizinischen Versorgung

Regionales Standortmarketing

im Hinblick auf den beruflichen
Nachwuchs
z. B. Willkommenskultur für Praktikanten,
Hospitanten, Famulanten

im Hinblick auf Ärzte und nichtärztliche
Gesundheitsfachberufe
z. B. Profilschärfung als
Gesundheitsregion

Strukturverbesserung

Mobilitätskonzepte

Offensive zur Netzwerkbildung, etwa
Palliativversorgung

Konzepte zur gezielten Ansprache von
Wiedereinsteigerinnen

Realisierung von Modellvorhaben, etwa
zur Heilkundeübertragung

Zuspruch

Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Gesundheitskonferenzen im Bereich der medizinischen Versorgung

Bürgerkommunikation
und -beteiligung

Einflussnahme in
Richtung Landesebene

Erarbeitung einer Regionalstrategie
„Zukunft der medizinischen Versorgung“
unter Rückgriff auf die Methoden der
Bürgerbeteiligung

KGK erarbeitet Vorschläge für
sektorenübergreifenden
Landesausschuss, Ausschuss für
Gesundheitsförderung und Prävention
etc.

Konzept zur laienverständlichen,
kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit

KGK beantragt kleinteiligere hausärztliche
Bedarfsplanung bei der KVBW

4 Schlussthesen als Fazit

Um bürgerschaftliche Partizipation und bürgerschaftliches Engagement dauerhaft zu erhalten, müssen im Institutionengefüge Diskrepanzen zwischen der gesetzlichen Rollenzuweisung und der tatsächlichen Rollenerwartung durch den Bürger vermieden werden!

Die Rolle der Landkreise im Gesundheitswesen muss gesetzlich gestärkt werden!

Die Landkreise müssen von der Bundes- und Landespolitik in die Lage versetzt werden, ihre traditionelle Rolle im Gesundheitswesen und insbesondere in der stationären Versorgung auch weiterhin erfüllen zu können!

Das „neue“ Instrument der Kommunalen Gesundheitskonferenzen sollte aktiv genutzt werden!

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**



Dr. Alexis v. Komorowski
Hauptgeschäftsführer
Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastr. 37
70124 Stuttgart
Email: komorowski@landkreistag-bw.de